

Inhaltsverzeichnis

Verwendete Abkürzungen	21
I. Einführung	25
II. Formen der anonymen Kindesabgabe	29
1. Anonyme oder Arm-zu-Arm-Übergabe	29
2. Babyklappe	29
3. Anonyme Geburt	30
4. Umstrittener Nutzen	31
a. Neonatizid	32
b. Verdrängte und verheimlichte Schwangerschaft	32
c. Schwangerschaft als Ansatzpunkt	34
d. Strafrechtliche Folgen der anonymen Kindesabgabe	39
5. Forschungsstand	40
6. Gang der Untersuchung	41
Teil 1: Anonyme Kindesabgabe in der Rechtsgeschichte	44
A. Rechtshistorischer Hintergrund	44
I. Antike – „Recht“ auf Tötung des Neugeborenen?	46
II. Mittelalter – Einfluss der Kirche auf die Sexualmoral	48
1. Verbotene geschlechtliche Handlungen	49
2. Die Rolle der Kirchen bei der Entwicklung des Findelkinderwesens	50
III. Frühe Neuzeit – Das Zeitalter der Carolina	51
1. Einführung der Constitutio Criminalis Carolina	51
2. Die Kindstötung in der Carolina	52
a. Kindstötung gemäß Art. 131 der Constitutio Criminalis Carolina	53
b. Die Indizwirkung verheimlichter Schwangerschaften	56
3. Tatsächliche Lebensumstände und vermutliche Motivlagen der Täterinnen	58
4. „Anstieg“ der Kindstötungen	60
5. Die blinde Verfolgung lediger, schwangerer Frauen	62

IV. Aufklärung – Kindsmord als „Schlüsseldelikt des Jahrhunderts“	66
1. Einfluss des Humanismus auf die Bestrafung von Müttern	66
2. Die Mannheimer Preisfrage	68
3. Gesellschaftlicher Diskurs und literarische Verarbeitung	71
4. Das „Jahrhundert der Findelkinder“	73
5. Geheime Entbindungsanstalten und anonyme Geburten	77
6. Erste Reformansätze bei der Bestrafung der Kindsmörderinnen	79
V. Deutschland im 19. Jahrhundert – Vom Strafgesetzbuch für Preußen zum Reichsstrafgesetzbuch	82
1. § 217 RStGB – Die Kindstötung im Reichsstrafgesetzbuch	85
2. Die Rechtsposition des unehelichen Kindes	87
VI. Neueste Geschichte – Kindstötung und Strafrechtsreform	88
1. Die Lehre vom sogenannten Ehrennotstand	89
2. Der ärztliche Diskurs und die Sexualberatungsstellen der Weimarer Republik	92
3. Die kurze „Reform“ der §§ 218 ff. StGB	94
4. Die Politisierung der Mutterschaft im Nationalsozialismus	97
a. Rassenhygiene und Eugenik	97
b. Der Schutz der „Lebenskraft des Volkes“ im „neuen Deutschen Strafrecht“	101
c. Lebensborn e.V. – Sicherung der „Art und Rasse“, geheime Geburten und Schutz der „gutrassigen“ Kinder	105
VII. Deutschland nach 1945 – Der lange Weg zum Schwangerschaftskonfliktgesetz	109
1. Die Reform des § 218 StGB	110
a. Das „Erste Abtreibungsurteil“ des BVerfG vom 25.02.1975	115
b. Das „Zweite Abtreibungsurteil“ des BVerfG vom 28.05.1993	116
c. Die Entstehung des Schwangerschaftskonfliktgesetzes	121
2. Die endgültige Abschaffung von § 217 StGB a.F. 1998	123
3. Die Aussetzung gemäß § 221 StGB in Abgrenzung zur Kindstötung	127
4. Die erste neuzeitliche Babyklappe in Deutschland	129

5. Erste Regelungsversuche der anonymen Kindesabgabe	131
B. Rechtspolitischer Hintergrund	132
I. Die Einführung des SchwHiAusbauG	135
II. Die vertrauliche Geburt	137
C. Zahlen zur vertraulichen Geburt seit 01.05.2014	140
I. Anzahl der durchgeführten vertraulichen Geburten	140
II. Auswirkungen auf reguläre Adoptionen	143
III. Auswirkungen auf anonyme Kindesabgaben	145
IV. Verhinderung von Kindstötungen durch die Einführung des SchwHiAusbauG	146
V. Zwischenfazit und Forschungsdesiderata	148
D. Resümee und Diskussion	150
Teil 2: Untersuchung des Gesetzes zum Ausbau der Hilfen für Schwangere und zur Regelung der vertraulichen Geburt (SchwHiAusbauG) – Offene Fragen, nicht intendierte Folgen und gesetzgeberisches Klarstellungspotenzial	157
A. Die vertrauliche Geburt – Übersicht der Abläufe	157
I. Der zeitliche Ablauf der vertraulichen Geburt nach den gesetzlichen Vorgaben	158
1. Zweistufige Beratung	158
2. Erstellen des Herkunftsnachweises	159
3. Unterstützung vor und nach Entbindung	160
4. Mitteilung der Geburt	161
a. Information des Jugendamtes	161
b. Mitteilung an das Standesamt	161
5. Eintragung und Beurkundung der Geburt	162
6. Mitteilung der Geburt an das Familiengericht	163
7. Adoptionsverfahren	164
8. Zurücktreten von der vertraulichen Geburt und Wiederaufleben der elterlichen Sorge der Mutter	164
9. Einsichtsrecht des Kindes	165
10. Nachrichten an das Kind	166
11. Kostentragung im Falle einer vertraulichen Geburt	166
II. Der Ablauf des familiengerichtlichen Verfahrens	167
1. Vormundschaftsbestellung nach erfolgter vertraulicher Geburt	167
2. Feststellungsverfahren zum Wiederaufleben der elterlichen Sorge der Mutter gemäß § 1674a S. 2 BGB	168

3. Herausgabeverlangen der Mutter im Zuge der Identitätsoffenbarung nach § 1674a S. 2 BGB	169
4. Verfahren zur Annahme als Kind	170
5. Entscheidung gemäß § 32 SchKG über das Einsichtsrecht des Kindes in den Herkunftsnachweis	171
B. Die Rechte der beteiligten Personen	172
I. Schwangere in Not, Mütterrechte und Mutterschutz	173
1. Mutterschaft und vertrauliche Geburt	174
2. Das Ruhen der elterlichen Sorge der Mutter und die Elternverantwortung	175
3. Unbeabsichtigte Privilegierung der vertraulich entbindenden Mutter im Adoptionsrecht	180
a. Notwendige Einwilligung der Mutter gemäß § 1747 Abs. 1 S. 1 BGB	182
b. Sondertatbestand nach einer vertraulichen Geburt gemäß § 1747 Abs. 4 S. 2 BGB	182
c. Die Entbehrlichkeit der Einwilligung bei Bekanntwerden der Identität außerhalb von § 1674a S. 2 BGB	184
d. Diskussion und Denkansätze zur Lösung des Privilegierungs-Vorwurfs	186
aa. Angleichung der Zustimmung zur Adoption an die Einwilligung gemäß § 1747 Abs. 2 BGB	187
bb. Ersetzung der Einwilligung in Anlehnung an § 1747 Abs. 4 S. 1 2. Alt. BGB	190
4. Umgangsrecht trotz vertraulicher Geburt	192
a. Umgangsrecht trotz ruhender elterlicher Sorge der Mutter	193
b. Umgangsrecht und Wiederaufleben der elterlichen Sorge	193
c. Unbegrenztes Umgangsrecht bei unterbliebener Adoption	194
5. Vorgeburtliche Entscheidungen im Spannungsfeld zwischen § 1674a S. 1 BGB und § 1912 Abs. 2 BGB	195
6. Die Angabe der Personalien im Herkunftsnachweis als Voraussetzung einer vertraulichen Geburt	197
a. Recht auf informationelle Selbstbestimmung	198
b. Speicherung der Daten beim BAFzA	199
c. Dauerhafte Verwahrung	200
d. Einsichtsrecht des Kindes in den Herkunftsnachweis	201

e.	Entgegenstehende Belange der Mutter	202
f.	Verhältnismäßigkeit der gesetzlichen Regelungen zur Speicherung und Offenbarung der Daten aus dem Herkunftsnachweis	203
aa.	Konflikt mit den grundrechtlich geschützten Interessen des Kindes	207
bb.	Die vertrauliche und nicht anonyme Geburt als Rechtmäßigkeitsvoraussetzung	207
7.	Vertrauliche Geburt und Mutterschutz	209
a.	Uneingeschränkter Schutz von schwangeren Personen vor und nach der Geburt	210
b.	Anonymitätsinteresse und arbeitsrechtlicher Mutterschutz	213
II.	Die vertrauliche Geburt und die Rechte des Vaters	214
1.	Das Recht auf Kenntnis des vertraulich geborenen Abkömmlings	218
2.	Die Wahrnehmung des väterlichen Elternrechts aus Art. 6 Abs. 2 S. 1 GG nach vertraulicher Geburt	221
a.	Rechtsausübung des rechtlichen Vaters	221
b.	Erwerb der Vaterstellung des mutmaßlich leiblichen Kindsvaters	225
aa.	Auskunftsansprüche des Vaters	227
bb.	Schaffung von Beteiligungsmöglichkeiten für Väter vertraulich geborener Kinder	228
c.	Verzicht auf die Väterrechte zugunsten des Lebensrechts des Kindes	229
3.	Das Sorgerecht des unbekanntem Vaters	231
a.	Ruhen der elterlichen Sorge für den Vater eines vertraulich geborenen Kindes	232
b.	Alternative Regelungsmöglichkeiten in § 1674a BGB-E	233
c.	Keine Berücksichtigung der Väterrechte durch die Reform des Vormundschaftsrechts	236
4.	Das Erfordernis der väterlichen Einwilligung in die Adoption	236
a.	Anwendbarkeit des Amtsermittlungsgrundsatzes	237
b.	Entbehrlichkeit der Einwilligung gemäß § 1747 Abs. 4 S. 1 BGB	239
5.	Zwischenfazit und Diskussion	239

III. Rechte des Kindes	240
1. Recht auf Kenntnis der „halben“ Abstammung	242
2. Ausreichende Berücksichtigung des Rechts auf Erhalt der familiären Gemeinschaft	245
3. Umgehungs- und Missbrauchsmöglichkeiten durch die vertrauliche Geburt	248
IV. Schaffen die Regelungen zur vertraulichen Geburt einen gerechten Ausgleich zwischen den Interessen von Mutter, Vater und Kind?	253
C. Fragen im Zusammenhang mit dem familiengerichtlichen Verfahren	257
I. Fragen zur Vormundbestellung nach einer vertraulichen Geburt	258
1. Amtsvormundschaft des Jugendamtes de lege lata	258
2. „Amtsvormundschaft bei vertraulicher Geburt“ gemäß § 1787 BGB-E ab 01.01.2023	260
a. „Auswahl der Adoptiveltern“ als Normzweck	261
b. Verlässliche Vormundschaft auch für Findelkinder	262
3. Rechtsfragen bei der Vormundbestellung nach geltendem Recht	263
a. Vormundschaftsanordnung auf Seiten der Mutter gemäß § 1773 Abs. 1 oder Abs. 2 BGB	263
b. Vormundschaftsanordnung trotz rechtlicher Vaterschaft?	266
c. Vormundschaft des nicht rechtlichen Vaters	267
II. Verfahren zur Feststellung des Wiederauflebens der elterlichen Sorge gemäß § 1674a S. 2 BGB	268
1. Zur Entgegennahme der Erklärung nach § 1674a S. 2 BGB örtlich zuständiges Familiengericht	268
a. Zuständigkeit des Familiengerichts gemäß § 152 Abs. 2 FamFG – Gewöhnlicher Aufenthalt des Kindes	269
b. § 152 Abs. 3 FamFG –Begründet Fürsorgebedürfnis die örtliche Zuständigkeit?	270
2. Rechtspflegierzuständigkeit, Richtervorbehalt oder verpflichtende Richtervorlage	273
a. Richtervorbehalt bei Kindeswohlgefährdung	274
b. Richtervorlage aufgrund des engen sachlichen Zusammenhangs	274
3. Funktionelle Zuständigkeit gemäß § 3 Nr. 2a RPfG pro und contra	276

4. Unklare Wirkung, Art und Form des Feststellungsbeschlusses gemäß § 1674a S. 2 BGB	277
a. Deklaratorische oder konstitutive Wirkung des Feststellungsbeschlusses	278
b. Auswertung einzelner familiengerichtlicher Beschlüsse	279
c. Konstitutiver „Ruhensaufhebungsbeschluss“	282
5. Obligatorische Anhörung der beteiligten Personen	285
a. Anhörung des Kindes	285
b. Anhörung der Mutter	285
c. Beteiligung der Pflegefamilie	286
d. Beteiligung des Jugendamtes	287
e. Beteiligung des Verfahrensbeistandes	288
III. Welcher Prüfumfang besteht seitens der Familiengerichte?	289
1. Herkunftsnachweis als Beleg für die Mutterschaft	290
2. Bloße Identitätsfeststellung oder Nachweis der Mutterschaft	292
a. Feststellung der Mutterschaft durch das Familiengericht	293
b. Die Rechtspraxis und die Feststellung der Identität der Mutter	296
c. Umgehungsmöglichkeit des Leihmutterverbots durch Identitätsfeststellung?	298
3. Doppelte Prüfung von Identität und Mutterschaft in § 1674a S. 2 BGB de lege ferenda	299
IV. Wiederaufleben der elterlichen Sorge gemäß § 1674a S. 2 BGB ohne Kenntnis des Kindeswohls	300
1. Kindeswohlprinzip als Richtschnur der familiengerichtlichen Entscheidung	302
a. Die Berücksichtigung des Kindeswohls de lege lata	304
aa. Kindeswohlprüfung in der Praxis	305
bb. Notwendige Prüfung oder autonome Beendigung des Ruhens?	306
b. Rechtliche Umsetzungsmöglichkeiten einer Kindeswohlprüfung	308
aa. § 1751 Abs. 3 BGB – Übertragung der elterlichen Sorge bei Kraftloswerden der Einwilligungserklärung in die Adoption	309
bb. Negative Kindeswohlprüfung de lege ferenda	312

cc. (Rück-)Übertragung der elterlichen Sorge auf den überlebenden Elternteil gemäß § 1680 Abs. 2, 2. Alt. BGB und § 1681 Abs. 2 BGB	314
dd. Keine vergleichbaren Rechtspositionen bei ruhender und beendeter elterlicher Sorge	316
2. Gefährdet die Kindeswohlprüfung die Niedrigschwelligkeit vertraulicher Geburten?	317
a. Der Einwand der nachträglichen Stigmatisierung vertraulich entbindender Mütter	318
b. Umsetzung der Förderung des Kindeswohls auch nach vertraulichen Geburten	320
3. Der Feststellungsbeschluss zum Aufleben der elterlichen Sorge der Mutter	321
V. Der Rücknahmewunsch der Mutter und der Herausgabeanspruch des Kindes	322
1. Zuständigkeitsfragen beim Verfahren gemäß § 1632 Abs. 1 BGB	323
2. Anspruch auf Kindesherausgabe nach der vertraulichen Geburt	324
3. Voraussetzungen einer Verbleibensanordnung gemäß § 1632 Abs. 4 BGB	325
4. Anforderungen an eine Rückführung des vertraulich geborenen Kindes	326
5. Realisierung von Herausgabeansprüchen de lege lata	329
D. Offene Fragen auf der Handlungsebene	330
I. Unklare Verfahrensherrschaft	330
1. Aufsicht über das Verfahren der vertraulichen Geburt	331
2. Ungeregelte Inobhutnahme durch das Jugendamt	332
II. Funktion und Inhalt des Herkunftsnachweises	334
III. Zeitliche und tatsächliche Grenzen der postnatalen vertraulichen Geburt	335
1. Nachträglicher Herkunftsnachweis bei anonymer Geburt nach Beratung	335
2. Erstellung des Herkunftsnachweises durch „andere Einrichtungen“	337
IV. Keine Informationspflicht gegenüber dem BAFzA, wenn Identität bekannt wird	340
V. Versehentliches Bekanntwerden der Daten	341

VI. Gezielte Information der Öffentlichkeit und der beteiligten Institutionen	342
1. Sensibilisierung der Medien für vertrauliche Geburt	342
2. Wiederholte Kampagne zur Erreichung der Zielgruppe	343
3. Gezielte Fachinformation der Institutionen	343
VII. Gesetzgeberische Entscheidung zu Babyklappen und anonymen Geburten	344
E. Vorschläge de lege ferenda	345
I. Gesetzgeberischer Handlungsbedarf	345
1. § 14 Nr. 17 RPfLG-neu – Feststellung des Wiederauflebens der elterlichen Sorge in den Katalog der Richtervorbehalte:	345
2. § 1674a S. 2 BGB-neu – Wiederaufleben der elterlichen Sorge der Mutter nach einer vertraulichen Geburt:	346
3. § 1674b BGB-neu – Die elterliche Sorge des Vaters eines vertraulich geborenen Kindes:	346
4. § 1747 Abs. 4 BGB-neu – Entbehrlichkeit der Einwilligung in eine Adoption der Mutter eines vertraulich geborenen Kindes:	346
5. § 25 Abs. 4 SchKG-neu – Kooperation mit der Adoptionsvermittlungsstelle:	346
6. § 26 Abs. 2 S. 3 SchKG-neu – Aufnahme der Daten des Vaters in den Herkunftsnachweis:	347
7. § 26 Abs. 6 SchKG-neu – Verfahren der vertraulichen Geburt:	347
8. Klarstellung in § 27 Abs. 1 S. 2 SchKG-neu – Umgang mit dem Herkunftsnachweis:	347
9. § 30a-E SchKG – Information des BAFzA:	347
10. Maßnahmen zur Regulierung von Babyklappen und anonymen Geburten:	347
II. Datenerhebung und Evaluation	348
III. Einrichtung von zentralen Stellen	348
Teil 3: Befragung der Familiengerichte und Jugendämter in Deutschland zu ihren praktischen Erfahrungen mit der vertraulichen Geburt	350
A. Befragung der Familiengerichte in Deutschland	350
I. Vorbemerkung	350
1. Zielgruppe der Befragung	351
2. Befragungs-Design	352

II. Die vertrauliche Geburt in der familiengerichtlichen Praxis	
– erste Erfahrungen in den Familiengerichten	353
1. Erfahrung mit dem Verfahren der vertraulichen Geburt	353
a. Tätigwerden des Familiengerichts bei einer vertraulichen Geburt	353
b. Fallzahlen bei den Familiengerichten	355
c. Zwischen-Resümee	355
2. Kenntnisstand zur Thematik der vertraulichen Geburt	356
a. Eigener Kenntnisstand und Fortbildungen	356
b. Informationsquellen und -defizite	357
3. Ausgestaltung der rechtlichen Regelungen und ihre Bewertung in der familiengerichtlichen Praxis	359
a. Das Wiederaufleben der elterlichen Sorge als ein gemäß § 3 Nr. 2a RPfLG dem Rechtspfleger übertragenes Geschäft	359
aa. Wiederaufleben der elterlichen Sorge gemäß § 1674a S. 2 BGB als rein formelle Prüfung?	361
bb. Zuständigkeit des Rechtspflegers	362
cc. Richtervorlage bei möglicher Kindeswohlgefährdung	363
dd. Generelle Richterzuständigkeit	364
b. Das Wiederaufleben der elterlichen Sorge in der familiengerichtlichen Praxis	366
aa. Notwendigkeit einer Kindeswohlprüfung im Rahmen von § 1674a S. 2 BGB	366
bb. Notwendigkeit eines richterlichen Beschlusses	372
cc. Generelle Richtervorlage	373
dd. Identitätsfeststellung der Mutter nach dem Wiederaufleben der elterlichen Sorge	378
ee. Herkunftsnachweis	382
c. Zwischenergebnis	382
4. Wahrung der Rechte der Beteiligten – Einschätzungen zum materiellen Recht	384
a. Die Rechte der Mutter	384
b. Die Rechte des Vaters	386
c. Die Rechte des Kindes	388
d. Zwischenergebnis	390
5. Verbesserungsmöglichkeiten und gesetzgeberischer Handlungsbedarf	391
a. Verbesserungsmöglichkeiten	392

b. Gesetzgeberischer Handlungsbedarf	392
aa. Familiengerichtliches Verfahren	393
bb. Materielles Recht	393
III. Ergebnis der Befragung bei den Familiengerichten	394
B. Befragung der Jugendämter	396
I. Vorbemerkung	396
1. Zielgruppe der Befragung	396
2. Befragungs-Design	397
II. Die vertrauliche Geburt in der Praxis des Jugendamtes – Erfahrungen mit dem Verfahren der vertraulichen Geburt innerhalb des eigenen Zuständigkeitsbereichs	397
1. Erfahrung mit dem Verfahren der vertraulichen Geburt	397
a. Art der Erledigung	398
b. Befassung mit der vertraulichen Geburt innerhalb des Jugendamtes	398
c. Information des Pflegekinderdienstes oder der Adoptionsvermittlungsstelle über einen bevorstehenden oder bereits erfolgten Fall einer vertraulichen Geburt	399
d. Kenntnisstand und Fortbildung	400
e. Zwischenresümee	402
2. Vorbereitung und interne Abläufe	403
a. Kooperationskonzepte/Abläufe	403
b. Teamsitzungen/Amtsbesprechungen	404
c. Zwischenresümee	405
3. Verbleib des Kindes nach einer vertraulichen Geburt	405
a. Gründe für die Bereitschafts- oder Adoptionspflege	406
b. Dauer der Bereitschaftspflege	407
c. Zwischen-Resümee	408
4. Kooperationen mit anderen Institutionen	409
a. Konkreter Ablauf der Kooperationen	410
b. Schwierigkeiten in der Zusammenarbeit	411
c. Kooperation mit den Schwangerschaftsberatungsstellen	413
aa. Bewertung der Kooperation	414
bb. Verbesserungsmöglichkeiten	414
d. Zwischenresümee	416
5. Rücknahmewunsch der Mutter	416
a. Kindeswohl beim Wiederaufleben der elterlichen Sorge	417

b.	Begründungen zur Frage nach einer Kindeswohlprüfung	417
c.	Verfahrensablauf innerhalb des Jugendamtes bei Rückkehr des vertraulich geborenen Kindes zur Mutter	419
d.	Weitergehende Betreuung durch Familienhilfe oder Frühe Hilfen	421
e.	Zwischenresümee	423
III.	Fragen zu den am Verfahren beteiligten Personen	424
1.	Die Rechte des Vaters	424
a.	Kenntnis des Vaters der Schwangerschaft	425
b.	Kontaktaufnahme zum Jugendamt durch Vater	426
c.	Rechtsdurchsetzung durch den Vater	426
d.	Schutz der Rechte des Vaters	427
2.	Die Rechte der Mutter	428
3.	Die Rechte des Kindes	431
4.	Zwischenresümee	433
IV.	Verbesserungsmöglichkeiten und Handlungsbedarf	434
1.	Praktische Verbesserungsmöglichkeiten	434
a.	Anmerkungen, Verbesserungsvorschläge die Personen und Institutionen betreffend	435
aa.	Mutter	435
bb.	Vater	435
cc.	Kind	436
dd.	Schwangerschaftsberatungsstellen	436
ee.	Adoptionsvermittlungsstellen	436
ff.	Krankenhäuser	436
b.	Anmerkungen, Verbesserungsvorschläge das Verfahren betreffend	437
2.	Gesetzgeberischer Handlungsbedarf	437
3.	Zwischen-Resümee	439
V.	Ergebnis der Befragung der Jugendämter	440
Teil 4: Rechtsprechungsübersicht		443
A.	BGH-Entscheidungen	443
I.	BGH Urteil vom 28.01.2015 – XII ZR 201/13	443
1.	Sachverhalt	443
2.	Begründung des BGH	444
3.	Relevanz für die vertrauliche Geburt	446

II. BGH-Beschluss vom 10.12.2014 – XII ZB 463/13	447
1. Sachverhalt	447
2. Begründung des BGH	448
3. Relevanz für die vertrauliche Geburt	449
B. OLG-Entscheidungen	450
I. OLG Köln – Beschluss vom 04.06.2018 – 27 UF 56/18	450
1. Sachverhalt	450
2. Begründung des OLG Köln	452
3. Relevanz für die vertrauliche Geburt	454
II. KG Berlin – Beschluss vom 21.05.2017 – 3 WF 22/17	456
1. Sachverhalt	456
2. Entscheidung des Kammergerichts	456
3. Relevanz für die vertrauliche Geburt	458
a. Sozialdatenschutz und Auskunftsansprüche	458
b. Abgrenzung zur vertraulichen Geburt	459
III. OLG München – Beschluss vom 03.03.2017 – 30 UF 1413/16	459
1. Sachverhalt	460
2. Entscheidung des OLG München	460
3. Relevanz für die vertrauliche Geburt	463
Teil 5: Zusammenfassende Thesen	466
Anhang	472
A. Abdruck Fragebogen – Fragen an die Familiengerichte	472
B. Abdruck Fragebogen – Fragen an die Jugendämter	476
C. Tabellenverzeichnis	481
I. Tabellen Teil 1:	481
II. Tabellen Teil 3:	481
1. Tabellen Befragung der Familiengerichte	481
2. Tabellen Befragung der Jugendämter	482
Literaturverzeichnis	483
I. Gesetzesmaterialien, Stellungnahmen und Online-Quellen	483
II. Literatur	488